



Koalition muss Vorratsdatenspeicherung jetzt fallenlassen

Koalition muss Vorratsdatenspeicherung jetzt fallenlassen
Nach dem heutigen Urteil des Europäischen Gerichtshofs fordert Reporter ohne Grenzen (ROG) die große Koalition auf, ihre Pläne zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung fallen zu lassen. Auch eine Speicherung mit verkürzten Aufbewahrungsfristen und ein Datenzugriff mit Richtervorbehalt stellen einen schweren Eingriff in die Pressefreiheit und andere Grundrechte dar, mahnte die Organisation. "Jede pauschale und verdachtsunabhängige Speicherung von Telekommunikationsdaten untergräbt den Schutz journalistischer Quellen und beschädigt damit die Pressefreiheit im Kern", sagte ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske in Berlin. "Dieses Urteil darf nicht zum Einfallstor für eine Vorratsdatenspeicherung werden. Die Bundesregierung sollte sich endlich von diesem überflüssigen und für die Pressefreiheit schädlichen Instrument verabschieden." ROG kritisiert eine generelle Speicherung von Verbindungsdaten seit Jahren als Gefahr für den Informantenschutz und deshalb als abschreckend für potenzielle Hinweisgeber, die für Journalisten unerlässlich beim Aufdecken von Missständen sind. Zugleich ist der Nutzen der Maßnahme überaus fraglich: Aktivisten haben aus Daten des Bundeskriminalamts errechnet, dass die Vorratsdatenspeicherung von Verkehrsdaten die durchschnittliche Aufklärungsrate von Straftaten bestenfalls um 0,006 Prozentpunkte erhöht (siehe hier, Seite 31 f.). ROG und andere Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen plädieren deshalb seit langem dafür, die Vorratsdatenspeicherung durch ein "System zur schnellen Sicherstellung und gezielten Aufzeichnung von Verkehrsdaten" in konkreten Verdachtsfällen zu ersetzen. Entsprechende Forderungen sind auch Teil der Internationalen Grundsätze für die Anwendung der Menschenrechte in der Kommunikationsüberwachung, die ROG im vergangenen Juli zusammen mit mehr als 260 Organisationen aus aller Welt beim UN-Menschenrechtsrat in Genf vorgelegt hat und als Maßstab für bestehende und künftige Gesetze betrachtet. Reporter ohne Grenzen e.V. Brückenstraße 4 10179 Berlin Deutschland
Telefon: +49 (0) 30 202 15 10 - 0 Telefax: +49 (0) 30 202 15 10 - 29 Mail: presse@reporter-ohne-grenzen.de URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de>

Pressekontakt

Reporter ohne Grenzen

10179 Berlin

reporter-ohne-grenzen.de
presse@reporter-ohne-grenzen.de

Firmenkontakt

Reporter ohne Grenzen

10179 Berlin

reporter-ohne-grenzen.de
presse@reporter-ohne-grenzen.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage